

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 848 ppbn
Teletax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Sigmar Mosdorf MdB setzt sich mit dem Kabinettsbericht zum Wirtschaftsstandort Deutschland auseinander: Elf gravierende Fehler in elf Jahren.

Seite 1

Carl-Christoph Schweitzer bewertet aus wissenschaftlicher Sicht die Bonner UNO-Debatte: Mit allen Rechten und Pflichten...

Seite 4

Dokumentation

Die IG-Medien haben zum Widerstand gegen den Sozialabbau aufgerufen: 'Höchste Zeit zu gewerkschaftlicher Gegenwehr'. Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 168

3. September 1993

Elf gravierende Fehler in elf Jahren **Die Bundesregierung und der Standort Deutschland**

Von Sigmar Mosdorf MdB

Mitglied des Wirtschafts-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Vorsitzender der Projektgruppe Standort Deutschland der SPD-Bundestagesfraktion

Der Bundeswirtschaftsminister hat heute dem Bundeskabinett einen Bericht über die 'Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschlands' vorgelegt. In diesem Bericht werden viele Probleme aufgezählt. Konkrete Vorschläge zur Zukunftssicherung enthält dieser Bericht jedoch nicht. Nach elf Jahren Regierungsverantwortung zieht die Bundesregierung jetzt angesichts der dramatischen Wirtschaftskrise eine Negativ-Bilanz ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Forschungs- und Technologiepolitik. Die Voraussetzung für das Verhindern des weiteren Abrutschens der Bundesrepublik Deutschland ist eine nüchterne Bestandsaufnahme und eine Ursachenanalyse. Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren Wettbewerbsvorsprünge verloren und ist in den letzten fünf Jahren gemessen am Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung im internationalen Vergleich von Platz 5 auf Platz 16 hinter Italien und Österreich zurückgefallen.

Vor allem folgende elf gravierende Fehler der Bundesregierung in den vergangenen elf Jahren waren maßgeblich für den Abstieg des 'Modells Deutschland'.

1. Fehler:

Die Bundesregierung hat den internationalen Technologien-Wettbewerb aufgegeben. Allein der Anteil des Etats des Bundesministeriums für Forschung und Technologie am Gesamthaushalt ist von 2,9 Prozent auf 1,9 Prozent um reale 35 Prozent gesenkt worden. In der Forschungs- und Technologiepolitik wurde quer durch alle Ressorts auf die alten überholten Dinosaurier-Technologien Kernenergie und Raumfahrt gesetzt; gleichzeitig wurden die Technologien des 21. Jahrhunderts, die Informations- und Kommunikationstechnik, die Bio- und Gentechnik, die Umwelttechnik, die neuen Materialien und die Mikrosystemtechnik vernachlässigt. Für die alten Großtechnologien werden noch heute 40 Prozent des gesamten Forschungsetats aufgewendet, während in die neuen Technologien des 21. Jahrhunderts nur acht Prozent des Etats fließen. Der immer

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus / 217, 53113 Bonn
Postfach 1204 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Fertigdruck
mit spezieller Rotations-
Beschneidung



wichtigere Bereich der Software-Dienstleistungen, der nicht nur hervorragend zum Profil der deutschen Wirtschaft passen würde, sondern auch einen wachsenden Zukunfts-Markt darstellt, wurden systematisch vernachlässigt.

2. Fehler:

Die Bundesregierung hat den Standortfaktor Qualifikation vernachlässigt: An den deutschen Universitäten studieren gegenwärtig auf 1 Mio. Studienplätze 2 Mio. Studenten. Zugleich fehlt es an qualifiziertem Facharbeiter-Nachwuchs. Die Erneuerung der Berufsausbildungen in Deutschland wird verschleppt, eine dringend notwendige organisierte "Nach-Qualifizierung" der Facharbeiter, Techniker und Ingenieure nach etwa 10 Berufsjahren ist nicht konzipiert worden.

3. Fehler:

Die Bundesregierung hat es versäumt, geeignete Rahmenbedingungen für neue junge Wachstums-Unternehmen im High-Tech-Bereich zu schaffen, die mit ihrer Innovationskraft entscheidend zur Erneuerung einer modernen Volkswirtschaft beitragen. Programme zur Förderung von Unternehmens- und Existenzgründungen wurden eingestellt oder drastisch reduziert, obwohl hier die meisten neuen Arbeitsplätze entstehen könnten.

4. Fehler:

Die Bundesregierung hat die Verknüpfung der Grundlagenforschung mit der angewandten industrieorientierten Forschung versäumt und die Kooperation zwischen den Max-Planck-Gesellschaften, Fraunhofer-Instituten sowie den Großforschungseinrichtungen und den mittleren und kleineren Unternehmen nicht in ausreichendem Maße unterstützt. Gleichzeitig hat das Bundeswirtschaftsministerium allein im Jahre 1993 die Ausgaben für die Industrielle Gemeinschaftsforschung, mit der vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen, die keine eigene Forschungsabteilung haben, gefördert werden sollen, von 200 Millionen auf 163,2 Millionen (gleich - 24 Prozent) gekürzt.

5. Fehler:

Erhebliche Produktivitätsreserven liegen heute in der Arbeitsorganisation. Der Taylorismus ist am Ende und wir haben im Unterschied zu Japan bei der Arbeitsproduktivität im Verhältnis zu sehr auf Technik und zu wenig auf die Menschen gesetzt. Gerade jetzt, wo neue Konzepte für die "Produktion 2000" erarbeitet und umgesetzt werden müssen, kürzt die Bundesregierung die hierfür notwendigen Mittel aus dem Programm "Arbeit und Technik" des BMFT, statt die Betriebe auf dem Weg zu mehr Produktivität durch neue Formen der Arbeitsorganisation nachhaltig zu unterstützen.

6. Fehler:

Die Bundesregierung hat keine Initiativen ergriffen, um die Präsenz der deutschen Wirtschaft und vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen auf den Wachstumsmärkten von morgen zu gewährleisten: Im Jahr 2000 werden in Asien 50 Prozent der Menschen leben und es werden dort 35 Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts produziert. Deutschland konzentriert sich aber heute noch mit 71 Prozent seiner Exporte auf Europa, nur vier Prozent gehen nach Asien. Die Handlungslücken der Bundesregierung führen dazu, daß jetzt die Bundesländer an einzelnen Standorten Asiens Technologie-Zentren errichten oder für die kleinen und mittelständischen Unternehmen Handels- und Servicehäuser einrichten. Dieses wäre eine originäre Aufgabe des Bundeswirtschaftsministeriums.

7. Fehler:

Die Bundesregierung hat die ökologische Erneuerung der Volkswirtschaft und die damit verbundenen Zukunftschancen auf dem Weltmarkt verschlafen. Für dieses Segment des Weltmarktes wird eine Steigerung von heute 310 Mrd. DM auf eine Billion DM bis zum Jahr 2000 vorausgesagt. Im Bereich der Umwelttechnik könnten also bis zum Jahr 2000 allein in Deutschland 800.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Statt das Energiesparen zu fördern, ein Programm zur Steigerung der Energie-Produktivität aufzulegen und die Markteinführung der regenerativen Energien und der dazu notwendigen Technologien zu unterstützen, hat die Bundesregierung in diesem wirtschaftlichen Zukunfts-Sektor auf alte Strukturen gesetzt. Die dringend notwendige Einführung der Öko-Steuer hat bis jetzt nicht stattgefunden.

8. Fehler:

Die Bundesregierung hat die staatlichen Bürokratien auf allen Ebenen ausgebaut und keine Konzepte zur Verwaltungsreform und zur Modernisierung des Staates in Angriff genommen. Dies gilt auch für Konzepte zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren in Westdeutschland.

9. Fehler:

Die Bundesregierung hat wichtige Staatsunternehmen wie die Bundesbahn und die Bundespost nicht rechtzeitig saniert und auf eine neue solide Grundlage gestellt, so daß wir jetzt einerseits viele fiskalische Altlasten mitschleppen und andererseits die Telekom zum Beispiel noch nicht das Unternehmenskonzept und die Kraft hat, in einer sich globalisierenden Weltwirtschaft ernsthaft mit zu konkurrieren.

10. Fehler:

Die Bundesregierung hat mit ihrer unsoliden Finanzpolitik, die Sozialversicherungssysteme schwer belastet und ist damit direkt für die sprunghaft gestiegenen Lohnnebenkosten verantwortlich. Auch wenn die deutsche Wirtschaft bei den Lohnstückkosten noch eine gute Position hat, sind allein die staatlich begründeten Lohnnebenkosten in den letzten zehn Jahren von 32 Prozent auf über 40 Prozent angestiegen. In der gleichen Zeit sind die Beitragsbemessungsgrenzen im Durchschnitt über 80 Prozent gestiegen. Die Befastung der Sozialversicherungssysteme durch versicherungsfremde Aufgaben belasten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zusätzlich. Allein ein Drittel der Arbeitslosenversicherungsbeiträge gehen auf dieses Konto.

11. Fehler:

Die enorme Verschuldung und die Bildung von Schattenhaushalten haben die Staatsfinanzen zerrüttet und die Bundesbank zu einer Hochzinspolitik veranlaßt. 1994 werden wir erstmals mehr für den Schuldendienst aufwenden als für Investitionen: ein Alarm-Signal! Diese Zangenbewegung von Staatsverschuldung und Hochzinspolitik hat das Verhältnis von Staatskonsum und -investition verschoben und die Investitionen der Privatwirtschaft belastet. Dies hat zugleich zu einer durch die Wertschöpfung nicht begründeten Aufwertung der DM geführt und im Umkehrschluß viele andere europäische Währungen unterbewertet und damit unseren Export enorm erschwert.

Fazit:

Die Bundesregierung hat also in den letzten elf Jahren elf gravierende Führungsfehler gemacht, die jetzt die gesamte Volkswirtschaft belasten und das "Modell Deutschland" erheblich beschädigt haben. Damit wurden Führungsfehler des Managements noch verschärft. Neue Probleme und neue Herausforderungen wurden in Regierung und Wirtschaft einfach ausgesessen. Heute haben wir nicht nur einen Konjunkturschnupfen, sondern eine tiefgehende Innovations-, Investitions- und Kostenkrise. In der sich verändernden Weltwirtschaft ist aus dem Label "Made in Germany" schon vielfach "Made for Germany" geworden. Deutschland steht in der Gefahr zwischen der Entwicklung der führenden Hochtechnologie-Volkswirtschaften und den Niedriglohnländern, die zunehmend ernsthafte Wettbewerber bei den im 19. Jahrhundert entstandenen Produkten sind, zerrieben zu werden. Statt einen Ausweg aus der Krise nach vorne zu suchen, predigt die Bundesregierung jetzt einen Rückweg in die "guten alten Zeiten".

Die Bundesregierung verkürzt zudem die Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema aus ideologischen Gründen auf eine reine Verteilungsfrage: länger arbeiten, weniger Bildung und weniger Umweltschutz. Mit diesem altem Denken kann man den neuen Herausforderungen aber nicht gerecht werden. Es besteht die Gefahr, daß die Bundesrepublik Deutschland weiter abrutscht und weiter Vorsprünge verliert. Deutschland darf aber seine industrielle Basis nicht verlieren, sonst können wir auch im Bereich von Forschung und Technologie und bei den produktionsorientierten Dienstleistungen nicht mehr mithalten. Entscheidende Zukunftsfaktoren für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen sind deshalb neben der technologischen Innovationskraft auch der ökologische Modernisierungswille und die Leistungsmotivation und -bereitschaft der Arbeitnehmer. Der Standort-Deutschland-Bericht der Bundesregierung greift diese innovativen Ansätze jedoch nicht auf.

(-/3. September 1993/rs/ks)

Mit allen Rechten und Pflichten...

Ein Beitrag zur UNO-Debatte aus wissenschaftlicher Sicht

Von Carl-Christoph Schweitzer *

Der derzeitige Spagat der Parteiführung in Sachen "Blauhelm"-Einsätze mit deutscher Beteiligung ist - wissenschaftlich betrachtet - ebenso absurd wie er politisch schädlich und letztlich unhaltbar ist. Unter "Blauhelmen" sollen im folgenden alle möglichen Formen eines UN-Einsatzes verstanden werden:

Aus Sicht der Wissenschaft ist erneut festzustellen, daß die Bundesrepublik seinerzeit, 1973, der UN ohne ein Geltendmachen von Vorbehalten bezogen auf eine eventuelle Mitwirkung bei UN-Aktionen und Maßnahmen jedweder Art beigetreten ist. (Der damalige Berlin-Vorbehalt stand natürlich auf einem "ganz anderen Blatt"). Eindeutig erklärte am 15. Juni 1973 der Bundesaußenminister beziehungsweise Bundespräsident bei Übermittlung des entsprechenden Antrages auf Aufnahme nach der Abstimmung im Bundestag: "daß die Bundesrepublik Deutschland die in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Verpflichtungen annimmt und sich feierlich verpflichtet, sie zu erfüllen".

Mit anderen Worten: Wir haben durch unsere Mitgliedschaft im Prinzip alle Rechte und Pflichten eines Mitgliedes übernommen und beteiligen uns daher ja auch an der Finanzierung des Gesamtbudgets dieser internationalen Organisation. Insofern liegen keinerlei Parallelen etwa zu Vorbehalten oder Übergangsfristen vor, die "Nachgründungsmitglieder" der ursprünglichen EG-Sechsergemeinschaft in einzelnen Bereichen anmeldeten. Erst recht kann man sich nicht zum Beispiel auf ein "Vertragsmenü: Europa à la carte" berufen, das im Endeffekt von Großbritannien im Maastrichter Vertragswerk in Sachen Sozial-Union bestellt wurde.

Die Entwicklung der UN-Mechanismen zur Wiederherstellung von Internationalem Frieden und internationaler Sicherheit sah spätestens mit der Aufstellung der UNEF 1956 in Zusammenhang mit dem Suez-Konflikt die berühmten peace-keeping-forces vor, wie sie seitdem in vielen Teilen der Welt eingesetzt werden. Eine "echte" UN-Kriegsstreitmacht wurde bekanntlich erstmalig mit und in dem Korea-Krieg 1950 aufgestellt - strictu sensu wenige Tage nach dem Angriff Nordkoreas auf Südkorea, der zunächst von den USA alleine beantwortet werden mußte. Was aber das öfteren übersahen wird, ist für unser Thema noch viel wichtiger: von Anfang an sah die UN-Charta nicht nur jederzeitige ad-hoc-Kampf- (oder auch Blockade-)Einsätze nach Artikel 42 vor, sondern im Zusammenhang mit Artikel 43 und folgende die bis heute leider noch nicht verwirklichte Variante einer "Friedensschaffung" mit Waffengewalt in Gestalt einer ständigen internationalen Einsatztruppe. Logischerweise mußte die Realisierung dieser richtigen Zielsetzung im Kalten Krieg vor allem an der Rivalität der damaligen Supermächte scheitern. Eine solche Implementierung von UN-Bestimmungen dürfte und sollte aber wieder auf die internationale Tagesordnung kommen, da sie manche Konfusion und Frustration im internationalen Krisenmanagement sicherlich hätte verhindern können.

Die internationale Organisation: Vereinte Nationen kann und sollte jedenfalls eine Politik des prinzipiellen "pick and choose" bei der Übernahme von Pflichten durch einzelne Mitglieder nicht hinnehmen, zumal ein solches Herauspicken erstens - worauf dieser Tage immer wieder zurecht hingewiesen wird - bei zwangsläufig fließenden Übergängen zwischen einzelnen Formen von UN-Einsätzen in der Realität gar nicht möglich ist (wann darf wer bei Blauhelm-Einsätzen wie wo schließen et cetera, et cetera), und zweitens dies einem Mitgliedstaat nun überhaupt nicht zugestimmt werden kann, der sich - wenn auch noch verschämt - anschiekt, einen ständigen Sitz im entscheidenden Sicherheitsrat anzustreben. Was den ersten Gesichtspunkt betrifft, so erleben wir ja jetzt schon auf Grund der konfusen innenpolitischen Auseinandersetzung bei uns, wie unsere derzeitigen Blauhelm-Soldaten in Somalia offenbar von Einheiten aus anderen Mitgliedstaaten "geschützt" werden müßten, wenn es denn wirklich einmal aus dem Hinterhalt "krachen" sollte. Ein solches Szenario muß schnellstens vom deutschen Spielplan abgesetzt werden.

Der zweite Gesichtspunkt betrifft nun aber vollends die politische Betrachtungsweise im engeren Sinne. Die 40 Jahre natürlich völlig zurecht internationalpolitisch abstinenten Bundesrepublik Deutschland kann und sollte wohl auch in der Tat nunmehr in neuem Gewande einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat beanspruchen, sich auch darüber hinaus aktiv in die Reformdiskussion innerhalb

der UN einschalten und darf sich daher weniger denn je von der Durchsetzung entsprechender Maßnahmen verabschieden, die dieses UN-Gremium (oder die Generalversammlung nach der "Uniting For Peace Resolution" 1950) ergreift. Will sich die SPD mit ihrer bisherigen schizophrenen Haltung wirklich endgültig international lächerlich machen und von einer auch außenpolitischen Führungsrolle gegebenenfalls nach 1994 verabschieden, nur weil "man" unter Umständen fürchtet, mit einer solchen Haltung einige Hunderttausend Stimmen wegfremder, wenn auch noch so ehrenhafter Zeitgenossen zu verlieren? Oder geht es "man" um das Abregieren eigener '68-er Gefühle.

Ich selber halte die verfassungsrechtliche Diskussion in dieser ganzen Frage für eine "typisch deutsche". Sie erhält eine künstliche Priorität, von der sie schnellstens herunterkommen muß. Überparteilich müßte das letztlich in wenigen Stunden ernsthaften Abwägens zu schaffen sein. Künstlich ist diese Diskussion aus meiner wissenschaftlichen Sicht vor allem deshalb, weil die sogenannte "herrschende Lehrmeinung" auch unter Juristen in der entscheidenden Frage nach dem verfassungsrechtlichen Vorrang von Artikel 87a.2 Grundgesetz (GG) vor 24.2 oder umgekehrt nicht eindeutig auszumachen ist. Gottlob ist bei den Politikwissenschaftlern jede einzelne Lehrmeinung "herrschend"! Ich persönlich neige zu der Auffassung, daß der GG Artikel 24.2 vorgeht: "Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit anschließen..." Das haben wir eben 1973 getan. Politisch gesehen müssen natürlich ad-hoc-Maßnahmen im Rahmen der UN-Charta (ebenso wie einmal die oben als noch nicht realisiert bezeichnete Variante) von einer Mehrheit des deutschen Bundestages beschlossen werden. Die Form dieser Mehrheit ergibt sich für mich im Analogieschluß aus Artikel 115a des Grundgesetzes, wonach die "Feststellung" des Falles X einer "Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, mindestens aber der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf".

Mein Ceterum censeo: der Artikel 87a, 2 zweiter Halbsatz: "soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt" (Einsatz von Streitkräften außerhalb des Verteidigungsfalles) sollte zur sozusagen doppelten Absicherung (doppelt, weil eben schon einmal im und mit dem Artikel 24 vorhanden) endlich von allen Parteien auf der Linie des Artikel 115 a durch eine Grundgesetzänderung implementiert werden.

Auf keinen Fall dürfen sich unsere im Bundestag vertretenen Parteien einzeln oder gemeinsam weiter lächerlich machen und einmal mehr die Gestaltung der Politik den obersten Richtern in Karlsruhe überlassen.

(-/3. September 1993/rs/ks

* Der Autor ist emeritierter Professor der Politikwissenschaft (Universität Bonn) und gehörte als SPD-Parlamentarier den Bundestags-Ausschüssen für Auswärtiges und Verteidigung an.

DOKUMENTATION

"Höchste Zeit zu gewerkschaftlicher Gegenwehr"

Der Hauptvorstand der IG Medien hat heute in Stuttgart einen Aufruf zum Widerstand gegen den von Unternehmern und Bundesregierung betriebenen Sozialabbau beschlossen. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Aktionen des DGB zu unterstützen. Dabei sollen auch demonstrative Arbeitsniederlegungen und andere Aktionen während der Arbeitszeit nicht ausgeschlossen werden. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Medien ruft alle Mitglieder der IG Medien und alle Beschäftigten in den Betrieben der Druckindustrie und der Verlage, der Papier- und Kunststoffverarbeitung, in Rundfunkanstalten und anderen Medienbetrieben sowie kulturellen Einrichtungen dazu auf, aktiven Widerstand gegen den geplanten Abbau sozialer Leistungen, gegen die Verschlechterung von Arbeitnehmerschutzrechten und gegen die Eingriffe in tarifvertragliche Regelungen zu leisten, betriebliche und außerbetriebliche Protestaktionen zu initiieren und sich an den Protestaktionen des

DGB und seiner Einzelgewerkschaften zu beteiligen. Dies schließt auch demonstrative Arbeitsanforderungen und andere Aktionen während der Arbeitszeit ein.

Die Bundesregierung und die Arbeitgeber mißbrauchen die selbstverschuldete schwierige finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte - trotz großer Finanzmittel der Wirtschaft - zu einem Generalangriff auf den Sozialstaat zum Abbau von Arbeitnehmerrechten sowie zu Eingriffen in die Tarifautonomie.

Die Bundesregierung und die Regierungsparteien wollen,

- daß durch die Einführung von Karenztagen im Krankheitsfall die Entgeltfortzahlung eingeschränkt und damit der Arbeitgeberanteil zur Finanzierung der Pflegeversicherung den Kranken aufgebürdet wird,
- daß als Alternative zu Karenztagen, Feiertage oder Urlaubstage reduziert werden,
- daß zukünftig schon vom ersten Krankheitstag an eine ärztliche Krankschreibung vorgelegt werden muß,
- daß das Kurzarbeitergeld, das Schlechtwettergeld, das Eingliederungsgeld, die Eingliederungshilfe und die Arbeitslosenhilfe sowie die Sozialhilfe gesenkt werden,
- daß die Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre begrenzt wird und damit immer mehr Menschen in die Sozialhilfe abgedrängt werden,
- daß das Unterhaltsgeld bei Fortbildung und Umschulung erheblich reduziert wird und der Kreis der berechtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeschränkt wird,
- daß Angestellte kürzere Kündigungsfristen als bisher bekommen, damit sie schneller entlassen werden können,
- daß bestehende Tarifverträge durch den Gesetzgeber oder den Arbeitgeber einseitig geändert beziehungsweise unterlaufen werden können,
- daß durch Verlängerung von Maschinenlaufzeiten mehr Schicht-, Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit ermöglicht wird,
- daß die regelmäßige Wochenarbeitszeit wieder auf 40 Stunden verlängert wird,
- daß die Lebensarbeitszeit wieder ausgedehnt und das Renteneintrittsalter heraufgesetzt wird,
- daß Kranke weniger Leistungen bekommen, aber eine zusätzlich höhere Selbstbeteiligung neben dem Arbeitnehmerbeitrag zur Krankenversicherung an den Kosten erbringen müssen.

Gleichzeitig bauen die Unternehmer betriebliche Sozialleistungen ab, führen weitere drastische Personalreduzierungen durch, greifen über ihre Arbeitgeberverbände tarifvertragliche Leistungen an und stellen Tarifverträge - zum Beispiel durch Tariffucht mit Austritten aus dem Arbeitgeberverband - generell in Frage.

Die bisher dreisteste Zumutung ist die im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung geplante Einschränkung der Lohnfortzahlung durch Einführung sogenannter Karenztage beziehungsweise durch die Reduzierung von Feiertagen oder Urlaubstagen. Auf diesem Wege soll der Arbeitgeberbeitrag zur Pflegeversicherung ausgeglichen werden. Wer krank wird, soll auch noch mit Lohn- und Gehaltsausfall bestraft werden. Der Gesetzesvorhaben greift zudem in bestehende Tarifverträge ein und ist daher verfassungswidrig.

Dies alles muß verhindert werden. Es ist höchste Zeit zu gewerkschaftlicher Gegenwehr.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften sind entschlossen, die Angriffe auf den Sozialstaat und die Tarifautonomie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln abzuwehren. Sie verteidigen damit ein Element unserer Demokratie sowie der Freiheit und der Würde aller Menschen.

(-/3. September 1983/rs/ks)